



"Die Politik der Freizügigkeit der Europäer darf nicht in Frage gestellt werden"



Autor : Jacques Barrot

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht in ihrer Reihe "Entretien d'Europe" ein Interview mit Jacques Barrot, dem ehemaligen Vizepräsidenten der Europäischen Kommission und jetzigem Mitglied des Verwaltungsrates der Stiftung. In Bezug auf die Flüchtlingstragödie vor Lampedusa ist Jacques Barrot der Meinung, dass die Tragödie eine Folge mangelnder Solidarität unter den europäischen Mitgliedsländern sei. In Zeiten des wachsenden Populismus und der Verlockung für die Mitgliedstaaten, sich weiter abzuschotten, plädiert Jacques Barrot für die Freizügigkeit der europäischen Bürger, die nicht in Frage gestellt werden dürfe.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Tadeusz Mazowiecki - Immigration - Regionen **Wahlen** : Tschechien - Georgien **Finanzkrise** : Deutschland - Spanien - Frankreich - Griechenland - Großbritannien **Europäischer Rat** : Ergebnisse **Kommission** : Mehrwertsteuer - Programm 2014 - Asien/Handel - Syrien **Parlament** : Aung San Suu Kyi - Haushalt - Gesundheit - Spionage - Immigration - Organisierte Kriminalität **Rat** : Zukunft/EU - Soziales **Diplomatie** : Syrien **Gerichtshof** : Volkswagen **EZB** : Banken **Deutschland** : Bundestag **Dänemark** : Grönland - Grünes Wachstum **Spanien** : Mittelmeer **Frankreich** : Italien **Griechenland** : Partei **Luxemburg** : Regierungsbildung **Ukraine** : Beziehungen/EU **Verteidigung** : NATO - EAD **Europarat** : Menschenrechte **Eurostat** : Schulden - Wälder **Kultur** : Ausstellung/Rom - Ausstellung/Frankfurt - Ausstellung/Paris - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Verona

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Nachruf für Tadeusz Mazowiecki



Die Robert Schuman Stiftung hat einen Freund verloren - Tadeusz Mazowiecki ist am 28. Oktober 2013 im Alter von 86 Jahren gestorben. Tadeusz Mazowiecki war der erste demokratisch gewählte Ministerpräsident Polens nach dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989. Entschlossen und mit außergewöhnlicher Umsichtigkeit konnte er Polen durch diese schwierige Umbruchzeit führen. Die Liebe zu seinem Land, sein tiefer Glaube, seine demokratischen und europäischen Überzeugungen prägten sein Wesen, sein ruhiges und besonnenes Auftreten war Zeichen seiner inneren Stärke. Tadeusz Mazowiecki kämpfte für die europäische Zukunft Polens und für den Sieg der Freiheit über den Totalitarismus. Physische und moralische Kraft zeichneten ihn aus. Polen und uns ist ein großer Europäer verloren gegangen... [Fortsetzung](#)

"Zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung müssen Hilfsleistungen für den Maghreb an Bedingungen geknüpft werden"



Der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, hat am 22. Oktober 2013 einen Artikel in der französischen Tageszeitung Le Monde veröffentlicht, in dem er mögliche Vorschläge im Kampf gegen illegale Einwanderung erläutert, die Frankreich am 24. und 25. Oktober 2013 auf dem Europäischen Rat einbringen könnte. Jean-Dominique Giuliani äußerte sich zudem in der Sendung "Du grain à moudre" auf France culture zum gleichen Thema, das seiner Ansicht nach einer grundsätzlichen Lösung bedarf, in enger Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern und unter Ausweitung der Mittel für Entwicklungshilfe... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Regionalisierung und Dezentralisierung in Europa



Vom 29. bis zum 31. Oktober 2013 fand in Straßburg der Kongress des Europarates für Kommunen und Regionen statt, der dem Thema "Europa in der Krise - Herausforderungen für die Lokal- und Regionalpolitik" gewidmet war. Magali Balent, Projektleiterin der Robert Schuman Stiftung, sprach am 30. Oktober im Rahmen einer Diskussionsrunde zum Thema "aktuelle Entwicklungen der Regionalisierung und Dezentralisierung in Europa im Kontext der Wirtschaftskrise"... [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Tschechien: Sieg der Sozialdemokraten, aber keine Mehrheit



Die CSSD unter Führung des früheren Finanzministers Bohuslav Sobotka kam nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis auf 20,45% der Stimmen und 50 Sitze (-6 im Vergleich zu den letzten Wahlen am 28./29. Mai 2010). Einen Überraschungserfolg errang die 2011 gegründete Protestpartei ANO des Milliardärs Andrej Babis: Sie kam aus dem Stand auf 18,7% und 47 Sitze. Die Kommunisten erhielten den Auszählungen zufolge 14,91% der Stimmen und 33 Sitze (+7). Wie erwartet strafften die Wähler die bislang regierende bürgerliche Koalition ab: Top 09 erhielt 11,99% der Stimmen und kommt auf 26 Sitze (-15), die Demokratisch-Bürgerliche Partei ODS erhielt 7,72% der Stimmen und kommt auf 16 Sitze (-37). Die Partei Usvit erhielt 6,88% der Stimmen (14 Sitze) und KDU-CSL kann nach 3 Jahren mit 6,78% der Stimmen und 14 Sitzen wieder ins Parlament einziehen. Die Wahlbeteiligung lag bei 59,48% und damit 5% niedriger als bei den letzten Wahlen. Die Regierungsbildung wird angesichts des Wahlergebnisses schwierig werden... [Fortsetzung](#)

Giorgi Margwelaschwili gewinnt Präsidentenwahl im 1. Wahlgang



Georgiens früherer Bildungsminister Giorgi Margwelaschwili ist als überlegener Sieger aus der Präsidentschaftswahl hervorgegangen. Der Kandidat des Sechs-Parteien-Bündnisses Georgischer Traum holte 62,12% der Stimmen und landete auf dem 1. Platz weit vor Davit Bakradze (Nationale Einheitsbewegung, ENM), der auf 21,72% der Stimmen kam und vor Nino Bourdjanadze, der 10,18% der Stimmen erhielt. Die Wahlbeteiligung lag bei 46,6% der Stimmen und damit 17,87 Punkte niedriger als bei den letzten Präsidentschaftswahlen am 5. Januar 2008. Der georgische Premierminister Bidzina Ivanischwili gab bekannt, dass er sein Amt am 24. November 2013 niederlegen wird. 3 Personen konkurrieren um seine Nachfolge: Der Innenminister Irakli Garibaschwili, der Verteidigungsminister Irakli Alasania und der Vizepremierminister Kakha Kaladze, der als Favorit gilt... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Deutschland: Herbstprojektion 2014



Am 23. Oktober 2013 präsentierte die Bundesregierung ihre Herbstprojektion für die Wirtschaftsaussichten 2014. Nach Aussage von Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler befindet sich die deutsche Wirtschaft "wieder auf einem soliden Wachstumskurs". Entsprechend der Projektion wird das BIP 2014 etwas stärker wachsen als bisher angenommen. Für 2013 geht die Bundesregierung von einem Wachstum des BIP in Höhe von 0,5% aus, für 2014 in Höhe von 1,7%. Die Arbeitslosigkeit wird 2014 voraussichtlich wieder auf 6,8% sinken (auf das Niveau von 2012)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Spanien: Ende der Rezession, aber nach wie vor sehr hohe Arbeitslosigkeit (25,98%)



Nach neuesten Zahlen, die die Spanische Zentralbank am 23. Oktober 2013 veröffentlichte, wuchs die spanische Wirtschaft im 3. Quartal 2013 um 0,1% nach vorheriger neun Monate andauernder Rezession. Entsprechend aktueller Zahlen des nationalen Statistikinstituts (INE) vom 24. Oktober 2013 ging die Arbeitslosigkeit im Zeitraum Juli bis September 2013 auf 25,98% zurück, bereits im vorherigen Quartal hatte es einen Rückgang gegeben. Im dritten Quartal 2013 waren 5 904 700 Personen arbeitslos gemeldet, 72 800 weniger als im vorherigen Quartal laut Angaben von INE. Im 2. Quartal 2013 lag die Arbeitslosigkeit bei 26,26%... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Frankreich: Anstieg der Arbeitslosigkeit im September



Nach neuesten Zahlen, die die französische Arbeitsagentur (Pôle emploi) am 24. Oktober 2013 veröffentlichte, stieg die Zahl der Arbeitssuchenden der Kategorie A (ohne jegliche Beschäftigung) im September 2013 um 60 000. Insgesamt sind in Frankreich (ohne Überseegebiete) 3 295 700 arbeitslos gemeldet. Die Zahl der Arbeitssuchenden stieg um 1,9% (+ 60 000), nach dem es im August 2013 einen Rückgang um 1,5% gegeben hatte (-50 000). Die Zahl der arbeitslos gemeldeten Personen der Kategorie A ist zwischen Juli und September 2013 um 0,3% gestiegen (+10 000). Bezogen auf ein Jahr gab es einen Anstieg um 8,1%. Unter Einbeziehung der Unterbeschäftigten (Kategorie B und C) gab es im September 2013 insgesamt 4.843.400 arbeitslos gemeldete Personen in Frankreich (5.141.000 unter Einbeziehung der Überseegebiete)... [Fortsetzung](#)

5. Bericht der Task Force zu Griechenland



Am 22. Oktober 2013 veröffentlichte die EU-Kommission den 5. Prüfbericht zur Lage in Griechenland (Task Force for Greece - TFGR). Die europäische Arbeitsgruppe, die die Berichte erstellt, hilft Griechenland bei der Umsetzung der Strukturreformen. Unter anderem wurden Investitionen in Infrastruktur ermöglicht, die Reform der öffentlichen Verwaltung gefördert und für eine höhere Effektivität bei der Verteilung von EU-Strukturfonds gesorgt. Die entsprechenden Fonds dienen in erster Linie dem Kampf gegen Geldwäsche und Korruption... [Fortsetzung](#)

Großbritannien: Wachstum betrug im 3. Quartal 0,8%



Nach aktuellen Schätzungen, die das britische Statistikamt am 25. Oktober 2013 veröffentlichte, gab es in Großbritannien im 3. Quartal 2013 ein Wachstum in Höhe von 0,8%, der höchste Wert seit drei Jahren. Im 1. Quartal 2013 lag das Wachstum bei 0,4% und im 2. Quartal 2013 bei 0,7%. Die Wirtschaft des Landes profitiert insbesondere von der Geldpolitik der Bank of England (BoE), die den Immobiliensektor und den Konsum stärkt... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Ergebnisse des Europäischen Rates am 24. und 25. Oktober 2013



Im Abschlussdokument zum Europäischen Rat am 24. und 25. Oktober 2013 betonen die 28 Staats- und Regierungschefs die Bedeutung einer starken digitalen Wirtschaft in der EU für die Stärkung der Produktivität, des Wachstums und der Wettbewerbsfähigkeit. Die Teilnehmer wiesen vor dem Hintergrund der Abhöraffaire durch amerikanische Sicherheitsdienste auf die Vorgaben der Cyberschutz-Richtlinie hin und auf Datenschutzregelungen. Ziel ist, bis 2015 einen einheitlichen digitalen Wirtschaftsraum in Europa zu schaffen. Frankreich und Deutschland starteten mit Unterstützung der übrigen EU-Länder eine gemeinsame Initiative, um mit den USA eine Übereinkunft in puncto Abhöraktivitäten zu erzielen. Die Teilnehmer begrüßten die Fortschritte auf dem Weg zur Einrichtung einer Bankenüberwachung, die als entscheidender Schritt in Richtung Bankenunion gewertet wird. Vor dem Hintergrund des Flüchtlingsdramas vor Lampedusa erklärten die Teilnehmer, dass zur Lösung des Problems bei den Herkunfts- und Transitländern angesetzt werden müsse. Frontex soll gestärkt und eine Task Force für das Mittelmeer eingesetzt werden. Zu diesen Punkten wird die Kommission am 5. und 6. November 2013 einen Bericht vorlegen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

[Standard-Mehrwertsteuererklärung in der Union](#)



Am 23. Oktober 2013 veröffentlichte die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Einführung einer Standard-Mehrwertsteuererklärung, die für gemeinsame Basisinformationen und einheitliche Fristen in der gesamten EU sorgen soll. Hierdurch sollen die Kosten für die Unternehmen gesenkt werden und die bürokratische Belastung verringert werden. Steuerehrlichkeit soll erleichtert und für die Steuerverwaltungen die Arbeit erleichtert werden... [Fortsetzung](#)

Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2014



Am 22. Oktober 2013 verabschiedete die EU-Kommission ihr Arbeitsprogramm für 2014, in dem sie den Schwerpunkt auf Beschäftigung, Bankenunion, Binnenmarkt und digitale Agenda setzt. Die EU-Kommission plädiert zudem für ein Inkrafttreten des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020, damit Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bereit gestellt werden können. Das Programm enthält erstmals eine Liste an Richtlinienvorschlägen, die bereits verabschiedet wurden, um die Chancen für eine Verabschiedung in den kommenden Monaten zu erhöhen... [Fortsetzung](#)

Wirtschaftsdialog EU-China und EU-Japan



Am 24. Oktober 2013 trafen sich zum 4. Mal Vertreter der Europäischen Union und Chinas zu einem hochrangigen Wirtschafts- und Handelsdialog mit China. Der Vizepräsident der EU-Kommission Olli Rehn bezeichnete den Meinungsaustausch beider Seiten als reichhaltig. Ein derartiger Austausch sei für beide Seiten notwendig, um den wirtschaftlichen Herausforderungen der Zukunft begegnen zu können. Vom 21. bis zum 25. Oktober 2013 fand der 3. Gesprächszyklus zur Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen der EU und Japan in Brüssel statt. Inhalt der Gespräche war der Abbau nicht-tarifärer Handelsbeschränkungen, die Öffnung des japanischen Marktes und der Wortlaut des zukünftigen Freihandelsabkommens... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien



Am 28. Oktober 2013 gab die Europäische Kommission bekannt, dass sie zur Hilfe für Flüchtlinge aus Syrien 85 Millionen Euro zur Verfügung stellen wird, 5 Millionen Euro sollen syrischen Studenten ermöglichen, ihr Studium in Europa fortzusetzen. 40 Millionen Euro sollen in Syrien selbst für Programme für Gesundheit und Bildung investiert werden, die Unicef koordinieren wird. Mit diesem Teil des Geldes sollen außerdem Unesco-Programme finanziert werden. 40 Millionen Euro sollen den syrischen Flüchtlingen zugute kommen, die nach Jordanien geflohen sind... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Aung San Suu Kyi erhält nach 23 Jahren den Sacharow-Menschenrechtspreis 1990



Der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz überreichte der burmesischen Menschenrechtsaktivistin Aung San Suu Kyi am 22. Oktober 2013 im Europäischen Parlament in einer feierlichen Zeremonie den Sacharow-Menschenrechtspreis, den sie 1990 als Symbol für Freiheit und Demokratie verliehen bekommen hat. Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi verbrachte 15 Jahre unter Hausarrest bevor sie im November 2010 freigelassen wurden. Sie ist seit 2012 Abgeordnete des Parlaments in Burma... [Fortsetzung](#)

Haushalt: Anpassung des Haushalts 2013 und Einigung über Haushaltsentwurf 2014



Die europäischen Abgeordneten stimmten am 24. Oktober 2013 mit 428 Stimmen bei 44 Gegenstimmen und 76 Enthaltungen für einen Nachtragshaushalt 2013 in Höhe von 2,7 Milliarden Euro, um zu verhindern, dass es zu Zahlungsausfällen von Seiten der EU kommt. Am 23. Oktober 2013 lehnten die Abgeordneten die Einschnitte bei Investitionen in Arbeit und Wachstum ab, die der Rat für den Haushalt 2014 vorgeschlagen hatte. Die Abgeordneten einigten sich auf die Haushaltsposten für Internationale Politik wie die humanitäre Hilfe im Nahen Osten oder Hilfszahlungen für syrische Flüchtlinge. Die Mittel für Frontex zur Kontrolle der Außengrenzen wurden aufgestockt. Nach der Abstimmung im Europäischen Parlament wird es einen Vermittlungszeitraum von 21 Tagen geben, um eine Einigung zum Haushalt 2014 zu erreichen... [Fortsetzung](#)

Schärfere Regeln für Medizinprodukte



Medizinprodukte sollen in der EU in Zukunft stärker kontrolliert werden. Das hat das EU-Parlament am 22. Oktober 2013 mit 569 Stimmen bei 79 Gegenstimmen und 44 Enthaltungen beschlossen. Die Abgeordneten ziehen damit die Konsequenzen unter anderem aus dem Skandal um schadhafte Brustimplantate der französischen Firma PiP. In einem zweiten Gesetzgebungsverfahren verabschiedete das Plenum am gleichen die Zulassung von diagnostischen Tests wie Blutzuckerstreifen, HIV-Tests und DNA-Tests. Hierfür stimmten 525 Abgeordnete, es gab 21 Gegenstimmen und 132 Enthaltungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Aussetzung des SWIFT-Vertrags gefordert



Die EU soll entsprechend einer Entscheidung des Parlaments den SWIFT-Vertrag zum Austausch von Bankdaten mit den USA auf Eis legen. Dies beschlossen die europäischen Abgeordneten mehrheitlich in einer nichtlegislativen Entschließung. SWIFT ist ein belgisches Unternehmen, das ein System für internationale Finanztransaktionen betreibt. Die Entschließung wurde mit 280 Stimmen angenommen bei 254 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen. Die Abgeordneten schlugen den Mitgliedstaaten darüber hinaus vor, eine Ermittlung durch Europol in die Wege zu leiten... [Fortsetzung](#)

"Lampedusa muss ein Wendepunkt für Europa sein"



Am 23. Oktober 2013 wiesen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in einer nicht bindenden Resolution die EU-Mitgliedstaaten auf ihre rechtliche Pflicht hin, Menschen in Seenot zu helfen. Ferner betonten die Abgeordneten in der Resolution, dass der legale Zugang zur Union der illegalen Einwanderung vorzuziehen sei. Die Abgeordneten riefen zu solidarischem und verantwortlichem Handeln und zu abgestimmten Anstrengungen auf. Sie unterstrichen in ihrer Resolution, dass die Ereignisse vor Lampedusa einen Wendepunkt darstellen müssen... [Fortsetzung](#)

Europäisches Parlament stimmt für Maßnahmen gegen organisierte Kriminalität



Am 23. Oktober 2013 stimmten die europäischen Abgeordneten mit 526 gegen 25 Stimmen bei 87 Enthaltungen für eine Resolution, die neue Maßnahmen im Kampf gegen organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche im Rahmen eines Aktionsplans für den Zeitraum 2014-2019 beinhaltet. Laut Europol gibt es 2013 ca. 3600 organisierte kriminelle Vereinigungen in Europa. Eine der Hauptmaßnahmen soll das Einfrieren von Guthaben und die Konfiszierung von Gütern sein. Die Abgeordneten sprachen sich zudem für die Einsetzung eines europäischen Staatsanwalts zur Koordinierung der nationalen Ermittlungen aus, um die finanziellen Interessen der EU besser verteidigen zu können. Darüber hinaus werden in der Resolution höhere Strafen gegen Menschenschmuggler und ein besserer Opferschutz gefordert... [Fortsetzung](#)

Rat :

Zustimmung zum neuen Grenzüberwachungssystem EUROSUR



Am 22. Oktober 2013 stimmten die Europaminister der EU-Mitgliedstaaten für das neue Grenzüberwachungssystem EUROSUR, das die Kontrolle der Grenzen des Schengenraums erleichtern soll. Am 5. November 2013 entschieden die Europaminister in Luxemburg zudem, nach drei Jahren Pause wieder ein neues Kapitel in den Beitrittsgesprächen mit der Türkei zu eröffnen (Kapitel 22 zur Regionalpolitik). Diese Entscheidung trifft in zahlreichen Mitgliedsländern auf Unverständnis... [Fortsetzung](#)

Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion



Am 24. Oktober 2013 präsentierten der EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der Präsident des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy und die Präsidentin von Litauen, Dalia Grybauskaitė, auf dem Sozialgipfel ihre Vorschläge zur Stärkung der sozialen Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion. Ziel sei es, die Sozialpartner stärker einzubeziehen und einen einflussreichen Sozialdialog auf nationaler und europäischer Ebene zu garantieren... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :**Erklärung der Freunde Syriens**

Am 22. Oktober 2013 trafen sich Vertreter der Gruppe "Freunde Syriens" (Deutschland, Saudi-Arabien, Ägypten, Vereinigte Arabische Emirate, USA, Frankreich, Italien, Jordanien, Katar, Großbritannien und Türkei) in London, um Vertreter der syrischen Opposition zur Teilnahme an der Friedenskonferenz in Genf zu bewegen, die für November 2013 geplant ist. In einem zum Abschluss des Treffens veröffentlichten Kommuniqué hieß es unter anderem, die militärische und politische Unterstützung für die syrische Opposition solle weiter verstärkt werden. Gleichzeitig sprachen sich die "Freunde Syriens" für die Bildung einer Übergangsregierung in den nächsten Monaten aus, der Assad oder ihm nahestehende Personen nicht angehören sollen... [Fortsetzung](#)

Gerichtshof :**Volkswagengesetz ist europarechtskonform**

Am 22. Oktober 2013 entschied der Europäische Gerichtshof (EuGH), dass das umstrittene VW-Gesetz bestehen bleiben darf. Der EuGH wies eine Klage der EU-Kommission gegen Deutschland ab. Seit Jahren schwelte zwischen Berlin und Brüssel der Streit um das VW-Gesetz. Nach Ansicht der EU-Kommission widersprechen die Regelungen dem freien Spiel der Märkte. Im Oktober 2007 hatte der EuGH bereits ein Urteil zum VW-Gesetz gefällt - die EU-Kommission verklagte Deutschland danach erneut, weil die Bundesregierung nach ihrer Ansicht dieses Urteil nicht vollständig umgesetzt hatte. Die Klage wurde nun durch den EuGH abgewiesen - laut Urteil der Richter ist Deutschland seinen Verpflichtungen aus einem vorangegangenen Urteil nachgekommen... [Fortsetzung](#)

EZB :**Prüfungskriterien für Banken der Eurozone**

Am 23. Oktober 2013 präsentierte die EZB ihre Kriterien zur Prüfung der Banken im Euroraum, die im November beginnen und bis Oktober 2014 abgeschlossen sein soll. Die EZB stellte klar, dass sie von den Kreditinstituten eine Kapitalquote von 8% verlangen und dass sie die Risiken in den Bilanzen prüfen wird, insbesondere in Bezug auf Liquidität, Verschuldung und Refinanzierung... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)**Deutschland :****Erste Sitzung des neuen Bundestags**

Einen Monat nach den Bundestagswahlen am 22. September 2013 fand am 22. Oktober 2013 die erste konstituierende Sitzung des neuen Bundestags statt, auf der Norbert Lammert (CDU/CSU) mit 591 (von 625 abgegebenen) Stimmen erneut zum Bundestagspräsidenten gewählt wurde. In dieser 18. Wahlperiode werden 631 Abgeordnete angehören, unter ihnen 230 neu gewählte Abgeordnete. Der jüngste Abgeordnete ist 26 Jahre alt, der älteste 78 Jahre. Dem neuen Bundestag gehören 402 Männer und 229 Frauen an (36,29%), der höchste Frauenanteil, den es jemals im Bundestag gab. Entsprechend der Übersicht der Robert Schuman Stiftung befindet sich Deutschland im europäischen Vergleich auf Platz 8. Der Frauenanteil liegt über dem europäischen Durchschnitt (27,19%)... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)**Dänemark :****Grönland gibt Ausbeutung seiner Rohstoffe frei**

Grönland will nach 25 Jahre langer Unterbrechung wieder Uran abbauen und die Förderung Seltener Erden zulassen. Bislang ist Grönland, das als autonomes Gebiet zum dänischen Königreich gehört, vor allem auf Einnahmen aus dem Fischfang und auf Unterstützung aus Dänemark angewiesen. Die Regierung beschloss am Freitag mit knapper Mehrheit, das Verbot zur Förderung aus dem Jahr 1988 aufzuheben. Die sozialdemokratisch geführte Regierung von Ministerpräsidentin Aleqa Hammond gewann die entscheidende Abstimmung knapp mit 15 zu 14 Stimmen. In einem weiteren Schritt vergab Grönland erstmals eine umfangreiche Bergbaulizenz. Das britische Unternehmen London Mining erhielt die Erlaubnis, rund 150 Kilometer von der Hauptstadt Nuuk entfernt Eisenerz abzubauen, wie die Regierung und das

Unternehmen mitteilten. Industrie- und Bergbauminister Jens-Erik Kirkegaard sprach von "einem historischen Moment". Nach seinen Worten handelt es sich um "das bislang größte kommerzielle Vorhaben" auf der Insel, das sich auf Beschäftigung sowie Staatseinnahmen positiv auswirken werde... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Weltforum für grünes Wachstum (Global green growth forum)



Am 21. und 22. Oktober 2013 fand in Kopenhagen das 3. Weltforum für grünes Wachstum statt. In diesem Jahr stand das Thema "Verbesserung der Effizienz in der Wertschöpfungskette" im Mittelpunkt. 450 Teilnehmer aus Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung und Zivilgesellschaft nahmen an dem Forum teil mit dem Ziel, öffentlich-private Partnerschaften für nachhaltiges Wachstum zu schaffen. Der Generalsekretär der Vereinten Nationen Ban Ki-moon rief zu einer Energiewende in Richtung saubere Energie auf und plädierte für nachhaltiges Wachstum. Inhalt der Diskussion waren die Finanzierung von Lösungen im Bereich Trinkwasser, Reduzierung der Nahrungsmittelvernichtung, Liberalisierung des grünen Handels, Management der Wasserressourcen und die Ausstattung mit ökologischer Infrastruktur... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Wirtschaftsforum Mittelmeer (Dialog 5+5)



Am 23. Oktober 2013 fand das Wirtschaftsforum Mittelmeer in Barcelona statt, an dem sich Vertreter der 10 Mitgliedsländer trafen (Algerien, Spanien, Frankreich, Italien, Libyen, Malta, Mauritien, Marokko, Portugal und Tunesien). An dem Treffen nahmen auch Unternehmens- und Verbandvertreter teil. Ziel des Forums ist der Ausbau der Kooperation zwischen den Mittelmeerländern in Europa und im Maghreb in wirtschaftlichen Bereichen. Der spanische Premierminister Mariano Rajoy hielt die Eröffnungsrede, in der er auf das Thema Immigration einging, das seiner Meinung nach einer europäischen Lösung bedürfe und einer Kontrolle der Einwanderungsströme in den Herkunfts- und Transitländern... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Französischer Premierminister empfängt italienischen Regierungschef



Am 25. Oktober 2013 empfing der französische Premierminister Jean-Marc Ayrault den italienischen Regierungschef Enrico Letta. Inhalt der Gespräche waren die Reformen in Frankreich und Italien, die Lage in Europa und die bilateralen Beziehungen im Hinblick auf das kommende Gipfeltreffen zwischen beiden Ländern, das im November 2013 in Rom stattfinden wird. Beide Regierungschefs besprachen zudem die Fortschritte bei der Schaffung einer europäischen Bankenunion, die Flüchtlingskatastrophe in Lampedusa und die Auswirkungen auf die europäische Immigrationspolitik und Fragen des Datenschutzes... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Ende der öffentlichen Finanzierung der Neonazi-Partei "Goldene Morgenröte"



Am 23. Oktober 2013 stimmten die Abgeordneten des griechischen Parlaments mit 235 von insgesamt 300 Stimmen für einen Text, der die Einstellung der staatlichen Hilfszahlungen in den Fällen vorsieht, in denen 10% der gewählten Mitglieder wegen Bildung oder Beteiligung an einer kriminellen Organisation verfolgt werden. Dies ist bei der Neonazi-Partei "Goldene Morgenröte" der Fall. 2013 hatte die Partei, der 18 Parlamentsmitglieder angehören, öffentliche Hilfszahlungen in Höhe von 873 000 Euro erhalten... [Fortsetzung](#)

Luxemburg :

Xavier Bettel mit Regierungsbildung beauftragt



Am 25. Oktober 2013 wurde Xavier Bettel, Bürgermeister von Luxemburg und Vorsitzender der Demokratischen Partei, mit der Regierungsbildung in Luxemburg beauftragt. Xavier Bettel strebt eine Koalition mit den Sozialisten und den Grünen an. Es zeichnet sich ein Ende der Ära Jean-Claude Juncker ab, der seit 1995 Premierminister des Landes ist und dessen Partei CVS bei den Wahlen am 20. Oktober 2013 die meisten Stimmen erhielt. Großherzog Henri beauftragte jedoch Xavier Bettel mit der Regierungsbildung... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Europäische Diplomatie sucht Lösung für Timoschenko



Am 23. Oktober 2013 stimmten die europäischen Abgeordneten für eine Resolution, in der sie sich für die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens zwischen Ukraine und EU auf dem kommenden Gipfeltreffen in Vilnius aussprechen, der am 28. und 29. November 2013 stattfinden soll. Die Abgeordneten betonen jedoch, dass dies nur unter Einhaltung der im Dezember 2012 festgelegten Bedingungen geschehen könne. Am 22. Oktober 2013 trafen der polnische und schwedische Außenminister Radoslaw Sikorski und Carl Bildt den ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch, um eine schnelle Lösung im Fall Timoschenko auszuhandeln. Am 21. Oktober 2013 betonte Bundesaußenminister Guido Westerwelle auf dem Ratstreffen der EU-Außenminister, dass die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens nur im Falle der Freilassung Julia Timoschenkos erfolgen könne... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Verteidigung :

Cyberabwehr, Raketenabwehrprogramm, Zusammenarbeit



Am 22. und 23. Oktober 2013 trafen sich in Brüssel die NATO-Verteidigungsminister, um gemeinsam über eine stärkere Aufgabenverteilung im Militärbündnis zu beraten. Die Minister beschlossen, sich stärker in der Ausbildung zu engagieren, um Erfahrungen aus den Einsätzen in Afghanistan und im Kosovo nutzen zu können. Im Bereich Cyberabwehr sei die NATO gut ausgestattet, um ihre eigenen Netzwerke zu sichern. Mit dem afghanischen Verteidigungsminister Bismillah Khan Mohammadi wurden die Fortschritte in Afghanistan besprochen, wie auch die Ausbildungsmissionen und andere Programme, die 2014 gestartet werden sollen. Auf dem ersten Nato-Russland-Rat seit rund zweieinhalb Jahren konnte keine Einigung über das Raketenabwehrprogramm erreicht werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

EDA: Mandat der Exekutivdirektorin verlängert



Claude-France Arnould wird auf Vorschlag der Hohen Repräsentantin Catherine Ashton länger an der Spitze der European Defence Agency (EAD) bleiben. Ihr Mandat, das ursprünglich auf 3 Jahre befristet war, wurde bis zum 15. Januar 2015 verlängert... [Fortsetzung](#)

Europarat :

Veröffentlichung des dritten Berichts der Expertengruppe GRETA



Die Expertengruppe des Europarats "Group of Experts on Action against Trafficking in Human Beings (GRETA)" überwacht die Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Bekämpfung des Menschenhandels, welcher die Mehrheit der Europaratsländer beigetreten sind. Der aktuelle Bericht deckt den Zeitraum 1. August 2012 bis 31. Juli 2013 ab. Der Vorsitzende der Expertengruppe Nicolas Le Coz äußerte die Hoffnung, dass durch den Bericht weitere Staaten zur Unterzeichnung des Übereinkommens motiviert werden können, das vor 5 Jahren in Kraft trat... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Öffentlicher Schuldenstand der Eurozone und der EU steigt auf 93,4% und 86,8% des BIP



Nach aktuellen Zahlen, die Eurostat am 23. Oktober 2013 veröffentlicht hat, betrug der öffentliche Schuldenstand der Eurozone zum Ende des 2. Quartals 2013 93,4% des BIP und 92,3% des BIP zum Ende des 1. Quartals 2013. In der EU stieg der öffentliche Schuldenstand von 85,9% auf 86,8%. Im Vergleich zum 2. Quartal 2012 gab es in der Eurozone wie auch in der EU einen Anstieg (von 89,9% auf 93,4% in der Eurozone und von 84,7% auf 86,8% in der EU)... [Fortsetzung](#)

40% der EU mit Waldfläche bedeckt

Am 25. Oktober 2013 gab Eurostat bekannt, dass das Gebiet der EU 2012 zu 40% von Waldflächen bedeckt war, 25% sind durch Ackerfläche bedeckt und 20% durch Grünland. Nur 5% sind durch



künstlich angelegte Flächen wie Gebäude, Straßen oder Eisenbahnstrecken bedeckt. Wald und Forst bedecken über die Hälfte der Fläche von Schweden (76%), Finnland (72%), Estland (61%), Slowenien (60%) und Lettland (56%)... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Ausstellung zum römischen Kaiser Augustus



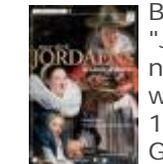
2014 jährt sich der Todestag des römischen Kaisers Augustus zum zweitausendsten Mal. Die Scuderie del Quirinale nimmt das zum Anlass einer großen Ausstellung rund um den berühmten Caesaren, dessen über vierzigjährige Herrschaft die längste in der Geschichte Roms und fest mit dem Begriff 'Pax Augusta' (Augusteischer Frieden) verbunden ist. Der Sohn von Gaius Iulius Caesar gilt vielen zudem als Gründer der Ära des Römischen Reichs und als erster 'echter' Kaiser Roms. Zu sehen sind sowohl Kunstwerke wie Statuen und Porträts als auch Schmuck, Edelsteine oder Haushaltsgegenstände aus Augustus' Nachlass. Die Ausstellung ist bis zum 9. Februar 2014 geöffnet... [Fortsetzung](#)

Frankfurt: Albrecht Dürer Ausstellung



Das Frankfurter Städelmuseum widmet dem berühmtesten deutschen Renaissancekünstler Albrecht Dürer (1471-1528) eine Ausstellung. Bis zum 2. Februar 2014 sind 190 Werke Dürers im Städelmuseum zu sehen. Die Ausstellung zeigt anhand von Gemälden, Drucken, Zeichnungen und Goldschmiedearbeiten den großen Einfluss des Dürers auf Künstler seiner Zeit. Darüber hinaus steht die Suche Dürers nach Harmonie im Vordergrund, die er mit Hilfe mathematischer Studien und der Geometrie zu erreichen suchte... [Fortsetzung](#)

Jordaens Ausstellung im Petit Palais



Bis zum 19. Januar 2014 zeigt der Petit Palais in Paris die Ausstellung "Jordaens 1593-1678 - die Blütezeit Antwerpens". Jacques Jordaens war neben Peter Paul Rubens und Anthonis van Dyck einer der drei wichtigsten flämischen Barockmaler, welche die 'Antwerpener Schule' im 17. Jahrhundert prägten. Im Rahmen der Ausstellung sind über 120 Gemälde großer französischer und internationaler Museen zu sehen. Die Bilder zeigen die Vielfaltigkeit und Bandbreite Jordaens; unter anderem sind religiöse Familienporträts und mythologische Motive zu sehen... [Fortsetzung](#)

Emil Nolde im Belvedere in Wien



Das Belvedere in Wien widmet dem expressionistischen Maler Emil Nolde (1867-1956) bis zum 2. Februar 2014 eine Ausstellung mit dem Titel "In Glut und Farbe". Die ausgestellten Werke stammen aus der Stiftung Seebüll Ada und Emil Nolde. Sie umfassen Landschaftsdarstellungen, Berliner Stadtszenen und religiöse Motive, wie auch einige Werke aus dem Zyklus "Nicht gemalte Bilder"... [Fortsetzung](#)

Verona: Landschaftsmalereien zwischen dem XV. und XIX. Jahrhundert



Bis zum 9. Februar 2014 widmet der Palast "Gran Guardia" in Verona der europäischen Landschaftsmalerei zwischen dem XV. und dem XIX. Jahrhundert eine Ausstellung. Schwerpunkt ist unter anderem der Impressionismus und Bilder von Monet. Die Ausstellung umfasst 90 Kunstwerke bekannter Künstler, unter ihnen Canaletto, Monet, Renoir, Degas, Manet, Gauguin und Van Gogh... [Fortsetzung](#)

Agenda :



27. bis 29. Oktober
Vilnius
Konferenz der Europaausschüsse (COSAC)

Okt



28. und 29. Oktober
Bukarest
Jahresforum der EU-Strategie für die Donauregion

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Inga Groth, Pauline Massis Desmarest, Charles de Marcilly ;
Antonello Cadinu, Victoria de Posson, Anouk Richard, Bianka Szirják

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge.
Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}